

Petersberger Info

DIE LINKE. Offene Liste in der Gemeindevertretung Petersberg

Juli 2021

Gemeinde verzichtet auf 390.000,- Euro

Die Gemeindevertretung Petersberg hat in ihrer Sitzung am 17. Juni gegen die Stimmen der Linken, Offenen Liste und der FDP auf vertraglich zustehende Einnahmen in Höhe von vermutlich 390.000,- Euro verzichtet.

In einem im Jahr 2010 abgeschlossenen Vertrag haben sich die Gemeinden Eichenzell, Künzell, Petersberg und die Stadt Fulda vertraglich auf ein gemeinsames Erwerben und Erschließen von Gewerbegebieten in den Gemeinden verständigt.

In Eichenzell ist dies gelungen, alle Gemeinden haben sich am Kauf der Grundstücke und an der Erschließung wie vereinbart beteiligt.

Die in der Sitzung vorgelegte Beschlussempfehlung sieht vor, dass die Gemeinde auf ihr vertraglich zustehende Einnahmen in Höhe von 390.000,- Euro verzichtet.

Unabhängig davon, ob die genannte Summe stimmt, schließlich geht es hier um bevorstehende prognostizierte Gewerbesteuererinnahmen, hält die Linke. Offene Liste dies für nicht gerechtfertigt.

Die Vereinbarung zwischen den Gemeinden war und ist grundsätzlich zu begrüßen. Gemeinsam Gewerbegebiete zu erwerben und zu erschließen, ist ein sehr vernünftiger Schritt, dient er doch auch dazu, sich von Investoren nicht gegeneinander ausspielen zu lassen.

Daher ist die Vereinbarung von 2010 zwischen den Gemeinden Eichenzell, Künzell, Petersberg und der Stadt Fulda positiv zu bewerten.

Warum nun aber die festgelegten vertraglichen Zahlungen befristet ausgesetzt werden sollen, erschließt sich uns nicht. Alle Kommunen haben in das Eichenzeller Gewerbegebiet vertragsgemäß investiert und werden vertragsgemäß an den Einnahmen beteiligt.

Natürlich haben wir Verständnis dafür, dass die Gemeinde Eichenzell gerne die Erschließung weiterer Gewerbegebiete in den anderen Kommunen sehen würde und sich auch an der Finanzierung beteiligen würde. Daran sollten auch alle anderen Kommunen Interesse haben. Warum die Stadt Fulda von vornherein kein Gebiet einbringen wollte oder konnte, wissen wir nicht.

Die Ankündigung nun eine neue Vereinbarung abschließen zu wollen, um in diesem Bereich weiterzukommen, begrüßen wir ebenfalls.

Aber ohne Not auf die vereinbarten Zahlungen zu verzichten, ist mit uns nicht zu machen. Unser Vorschlag an den Gemeindevorstand lautete: Wenn Sie eine Anpassung wünschen, dann erarbeiten und verhandeln Sie diese zügig und legen Sie diese der Gemeindevertretung zur Beratung vor, ohne auf die vereinbarten Zahlungen zu verzichten.

Aus dem Inhalt:

Seite 2

- Friedhofs-Toiletten von Frühjahr bis Herbst öffnen
- Integrationskommission wird eingerichtet

Seite 3

- Kita Margrethenhaun
- Sperrung von Wald- und Feldwegen

Seite 4

- Leerung der Altglas-Container
- Natur- und Umweltschutz
- Transparenz - Fehlanzeige

DIE LINKE. Offene Liste

Öffnung der Toiletten auf den Friedhöfen durch CDU und Grüne abgelehnt

Unsere Initiative in der Gemeindevertretersitzung am 17. Juni, die Friedhofstoiletten von Frühling bis zum Herbst zu öffnen, wurde mit den Stimmen von CDU und Grünen abgelehnt.

Alle anderen Fraktionen in der Gemeindevertretung haben die Initiative befürwortet. Mit unserem Antrag sollte der Gemeindevorstand beauftragt werden, ein Konzept zu entwickeln, damit die Toiletten auf den Friedhöfen der Gemeinde tagsüber von Frühling bis Herbst geöffnet werden können.

Es ist allgemein bekannt, dass es Probleme mit öffentlichen Toiletten gibt. Dennoch ist eine öffentliche Toilette auf den Dörfern wichtig. Friedhöfe sind Treffpunkte der älteren Menschen, die häufiger eine Toilette benötigen. Die Toiletten auf den Friedhöfen sollten vom Frühling bis zum Herbst geöffnet werden. Zur Realisierung haben wir vorgeschlagen, Schlösser mit einer Zeitschaltuhr einzusetzen. Zusätzlich entstehende Kosten, insbesondere für die Reinigung, könnten anteilig bei den Friedhofsgebühren verrechnet werden.

Gebühren auf dem Prüfstand

Die Gemeindevertretung hat sich unserem Antrag angeschlossen, wonach der Haupt- und Finanzausschuss vom Gemeindevorstand über die Gründe für die Höhe der in der Wasserversorgungssatzung und Abwasserbeitragsatzung festgelegten Beiträge informiert wird und über einen möglichen Anpassungsvorschlag berät.

Bei der Erschließung von Baugebieten durch die Gemeinde entstehen deutlich höhere Kosten als in den Beitragssatzungen festgelegt. Weil diese Kosten nicht von der Gemeinde als Erschließungskosten abgerechnet werden, schlägt die Gemeinde die nicht gedeckten Erschließungskosten auf den Grunderwerbspreis, was zu einer höheren steuerlichen Belastung für die Bauherren führt. Auf Vorschlag von CDU und Grünen sollen nun alle Satzungen im Hinblick auf die Erschließungskosten betrachtet werden.

Integrationskommission wird eingerichtet

Die Gemeinde hat auf die Wahl eines Ausländerbeirates verzichtet und ist daher verpflichtet eine Integrationskommission einzurichten.

Nach § 84 der Hessischen Gemeindeordnung ist in Gemeinden mit mehr als 1000 gemeldeten ausländischen Einwohnern ein Ausländerbeirat einzurichten oder nach §89 eine Integrationskommission einzusetzen.

Zum 31.12.2020 waren in Petersberg 16.199 Einwohner gemeldet, davon waren mehr als 1000 Einwohner Ausländer. Anders als die Stadt Fulda und die Gemeinde Künzell hat die

Gemeinde Petersberg auf die Wahl eines Ausländerbeirats parallel zur Kommunalwahl verzichtet. Deshalb haben wir den Gemeindevorstand aufgefordert, zeitnah eine Integrationskommission einzusetzen.

Da keine ausreichenden Vorschläge von Interessensverbänden vorliegen, hat der Gemeindevorstand die Fraktionen gebeten, bis zur Sitzung der Gemeindevertretung im Juli sachkundige Einwohner vorzuschlagen. Am 29. Juni haben wir dem Bürgermeister eine Bürgerin aus dem Ortsteil Petersberg als Sachverständige vorgeschlagen.

Impressum:

Die Linke.Offene Liste in der Gemeindevertretung Petersberg
Kirschgrund 3
36100 Petersberg

<https://www.linke-kreis-fulda.de/petersberg/gemeindevertretung/infos/>

Vorsitzender: Michael Wahl
Tel. 0661 64141
E-Mail: michaelwahl@t-online.de

DIE LINKE. Offene Liste

Stand-Kita-Neubau in Margrethenhaun

Am 17.12.2020 wurde der Gemeindevorstand durch die Gemeindevertretung beauftragt zu prüfen, ob während der Umbauphase des Margrethenhauner Kindergartens der alte Marbacher Kindergarten genutzt werden kann. Inzwischen wurde bekannt, dass die Stadt Fulda den alten Kindergarten in Marbach nutzen möchte.

Im Haushalt 2020 und 2021 sind in der Summe 600.000 Euro für die Grundstücksbeschaffung und die Planung des Kindergartens in Margrethenhaun vorgesehen.

Hierzu unsere Anfrage und die Antworten des Gemeindevorstandes:

1. Wie ist der aktuelle Stand der Planung zum Bau des Kindergartens in Margrethenhaun?

Nach bereits erfolgten Gesprächen mit Vertretern des Verwaltungsrats der kath. Kirchengemeinde Margrethenhaun wurde von dort der Beschluss gefasst, der Gemeinde Petersberg das bisherige Kindergartengrundstück für 1,00 € zu verkaufen. Die Gemeinde Petersberg hat der kath. Kirchengemeinde Margrethenhaun daraufhin einen Vertragsentwurf über den Kauf des bisherigen Kindergartengrundstücks zukommen lassen. Nach erfolgter positiver Prüfung durch den Verwaltungsrat der kath. Kirchengemeinde Margrethenhaun wurde dieser von dort an das Bistum Fulda zur kirchenaufsichtsrechtlichen Genehmigung weitergeleitet. Bei einem am 09.06.2021 erfolgten Fachgespräch mit Vertretern der Kirchengemeinde und des Bistums wurden Änderungen im

Vertragsentwurf seitens der teilnehmenden Bistumsvertreter/innen angekündigt. Zur Beurteilung dieser Änderungen wurde vereinbart, dass das Bistum der Gemeinde Petersberg und der kath. Kirchengemeinde Margrethenhaun zeitnah je einen überarbeiteten Vertragsentwurf einreicht, der dann im Verwaltungsrat der kath. Kirchengemeinde Margrethenhaun und in den zuständigen politischen Gremien der Gemeinde Petersberg beraten und beschlossen wird. Der Vertragsentwurf ist bis heute nicht eingegangen.

2. Welche Kenntnisse hat die Gemeinde zur Nutzung des alten Marbacher Kindergartens durch die Stadt Fulda und was hat die Prüfung zur Nutzung des alten Kindergartens in Marbach ergeben?

Die kath. Kirchengemeinde Marbach hat uns dazu mitgeteilt, dass sie mit der Stadt Fulda einen Mietvertrag über die Nutzung des alten Kindergartens durch die Stadt Fulda (Kita Lehnerz) mit einer Mietdauer vom 01.05.2021 bis 31.07.2023, vorbehaltlich einer optionalen Verlängerung, abgeschlossen hat. Wegen der Prüfung zur Nutzung des alten Kindergartens in Marbach verweisen wir auf die Stadt Fulda, die diese Prüfung als weiterer Nutzer dieser Kita-Einrichtung vorgenommen haben müsste. Der Gemeinde Petersberg liegen dazu keine Informationen vor. Aufgrund der bekannten Mietdauer scheint allerdings eine Nutzung während der Bauphase der KITA Margrethenhaun unwahrscheinlich.

Öffnung der Wege gefordert

In der Gemeindevertreter-sitzung am 20. Mai hat der Bürgermeister, auf unsere gemeinsamen Initiative mit der SPD hin zugesagt, sich bei der Stadt Hünfeld und dem Hessenforst für die Wiederöffnung des Waldweges zwischen Oberfeld und Marbach einzusetzen.

Die Jahrhunderte alte öffentliche Verbindungsstraße durch den Wald zwischen Marbach und Oberfeld wurde durch den Eigentümer, das hessische Forstamt Fulda, für den KFZ-Verkehr ohne jegliche Beteiligung der Gemeinde Petersberg gesperrt. Hintergrund sind Streitigkeiten über die Instandhaltungskosten der

Waldwege. Nach unserer Auffassung ist es unerträglich, dass Behörden wegen ihrer Streitigkeiten bisher öffentlich genutzte Wege sperren.

Abgelehnt hingegen wurde mit den Stimmen von CDU und Grünen die Bitte um Entfernung der von der Gemeinde aufgestellten Verkehrsschilder „Verbot für Kraftfahrzeuge“ am Grünabfallplatz in Steinau und an der Grotte in Marbach. Leider weigerte sich der Bürgermeister die Verbotsschilder zu entfernen. Dies verwundert umso mehr, als der Oberbürgermeister der Stadt Fulda den gleichen Weg von Bernhards nach Steinau freigegeben hat.

Unsere Anfrage zur Leerung der Altglascontainer

In den letzten Monaten kam es immer wieder zu überfüllten Altglascontainern. Hier unsere Fragen und die Antworten des Bürgermeisters.

1. Sind der Gemeinde die Probleme mit den überfüllten Glascontainern bekannt?

Ja.

2. Welche Maßnahmen hat die Gemeinde zur Beseitigung der Probleme unternommen?

Am 21.01.21 wurden die Verantwortlichen durch den Bauhof über den Missstand

informiert, da wir selbst und mehrere Bürger diesbezügliche Feststellungen gemacht haben und sich beschwert hatten. Das Reinigungsteam des gemeindlichen Bauhofs hat mehrfach die herumstehenden Altgläser rund um die Sammelstellen beseitigt. Dies geschah in vollständiger Eigenverantwortlichkeit, ohne Beschlüsse gemeindlicher Gremien oder gesonderter Aufforderung der Verwaltungslleitung.

3. Besteht das Problem weiter, wenn ja, wann ist mit einer Abhilfe zu rechnen?

Nach aktueller Rückmeldung des Reinigungsteams besteht dieses Problem nicht mehr. Abgesehen davon, dass hier und da mal Glasgegenstände neben einem Container stehen, was es aber auch in der Vergangenheit schon immer mal gegeben hat, hat die Entsorgungsfirma die Leerung nun offensichtlich ordnungsgemäß geregelt.

Weiterhin werden die Plätze regelhaft durch den gemeindlichen Bauhof gereinigt.

Transparenz - Fehlanzeige

Die neue Koalition von CDU und Grünen lässt Transparenz vermissen. Statt umfassender Information für Bürger und Gemeindevertreter wird Intransparenz groß geschrieben.

So wurden den Gemeindevertretern bei der Vergabe von Baugrundstücken, abweichend von der bisherigen Praxis, nur die Namen von Bewerbern genannt, die nach den Vergaberichtlinien einen Bauplatz erhalten sollen. Welche und wie viel Bewerber aus Petersberg nicht berücksichtigt wurden, war den Unterlagen nicht zu entnehmen.

In den öffentlichen Sitzungen der Gemeindevertretung und der Ausschüsse erhalten die Bürger in der Regel kein Recht, sich zu Wort zu melden.

Im Haupt- und Finanzausschuss werden neuerdings keine kurzfristigen Fragen von Ausschussmitgliedern zugelassen. Einen Punkt „Verschiedenes“ gibt es auf der Tagesordnung des Ausschusses nicht.

Die Protokolle der Sitzungen werden für die Öffentlichkeit besonders kurz gehalten. Vorlagen und die Antworten auf Fragen werden meist weggelassen.

Das Abstimmungsverhalten der Fraktionen wird ebenfalls nicht in den Protokollen festgehalten.

Für die nächste Sitzung der Gemeindevertretung werden wir beantragen, dass die Geschäftsordnung im Hinblick auf mehr Transparenz umfassend angepasst wird.

Umweltschutz

Der neue Umweltausschuss soll bis zur nächsten Sitzung der Gemeindevertretung im Juli einen Vorschlag dazu erarbeiten, welche Maßnahmen für den Umwelt-, Natur- und Klimaschutz in unserer Gemeinde ergriffen werden sollen.

Mehrere Fraktionen haben hierzu Vorschläge unterbreitet. Unser Vorschlag sieht eine umfassende Beteiligung der Bürger vor, indem die Vorschläge der Fraktionen ergänzt mit einem Beteiligungs- und Zeitplan in der Gemeindezeitung, Online und in einer Bürgerversammlung vorgestellt werden. Die Bürger sollen so die Möglichkeit bekommen, Ergänzungs-, Änderungs- und Mitwirkungswünsche anzumelden.